

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1994 zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung

A. Zielsetzung

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung erforderlichen Bestimmungen.

B. Lösung

Die Vereinbarung enthält insbesondere Bestimmungen über die gegenseitige Amtshilfe der deutschen und chilenischen Stellen, die gegenseitige Übermittlung von Angaben, das Antragsverfahren und das Verfahren bei Zahlungen durch einen Versicherungsträger in das Gebiet des anderen Vertragsstaats. Die Vereinbarung gibt den beiderseitigen Verbindungsstellen die Möglichkeit, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu vereinbaren.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Fristablauf: 23. 06. 95

266/95

12. 05. 95

AS

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1994
zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile
über Rentenversicherung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (311) – 814 07 – Ab 31/95

Bonn, den 12. Mai 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1994 zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 23. 06. 95

266/95

Entwurf**Gesetz****zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1994
zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Chile
über Rentenversicherung****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Santiago de Chile am 21. Juni 1994 unterzeichneten Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung (BGBl. 1993 II S. 1225) wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 9 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf die Vereinbarung findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit der Vereinbarung das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 9 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die Unternehmen und die betroffenen Personen nicht entstehen.

266/95

**Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Chile
über Rentenversicherung**

**Acuerdo
para la ejecución del Convenio del 5 de marzo de 1993
entre la República Federal de Alemania
y la República de Chile
sobre Pensiones**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Chile –

im Einklang mit Artikel 21 Absatz 1 des Abkommens vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung, im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

In den folgenden Bestimmungen werden die Ausdrücke des Abkommens in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Den Verbindungsstellen nach Artikel 21 Absatz 2 des Abkommens und den zuständigen deutschen Trägern nach Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

Die Verbindungsstellen nach Artikel 21 Absatz 2 des Abkommens und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens schließen unter Beteiligung der zuständigen Behörden eine Verwaltungsvereinbarung, in der die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung des Abkommens notwendig und zweckmäßig sind, festgelegt werden.

Artikel 4

Die in Artikel 15 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit, soweit möglich, einander die Mitteilungen zu machen und die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Wahrung der Rechte und Pflichten dienen, die sich für die Beteiligten aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften und dem Abkommen ergeben. Solche

El Gobierno de la República Federal de Alemania

y

el Gobierno de la República de Chile,

En virtud de lo dispuesto en el párrafo 1 del artículo 21 del Convenio sobre Pensiones celebrado entre la República de Chile y la República Federal de Alemania el 5 de marzo de 1993 (denominado en adelante "Convenio"),

Han convenido lo siguiente:

Artículo 1º

En las siguientes disposiciones se utilizarán los términos del Convenio con el mismo significado que en él se les otorga.

Artículo 2º

Los Organismos de Enlace mencionados en el párrafo 2 del artículo 21 del Convenio y los Organismos Competentes alemanes mencionados en el inciso 2 del párrafo 3 del artículo 21 del Convenio, informarán, en el marco de sus competencias y de manera general, a las personas que puedan beneficiarse del Convenio sobre los derechos y obligaciones que de él emanan.

Artículo 3º

Los Organismos de Enlace mencionados en el párrafo 2 del artículo 21 del Convenio y los Organismos Competentes alemanes mencionados en el inciso 2 del párrafo 3 del artículo 21 del Convenio celebrarán, con la participación de las respectivas Autoridades Competentes, un Acuerdo Administrativo en el que se establecerán las medidas administrativas necesarias y oportunas para la ejecución del Convenio.

Artículo 4º

En el marco de sus respectivas competencias, los Organismos mencionados en el artículo 15 del Convenio intercambiarán, en lo posible, las informaciones y los documentos necesarios para el reconocimiento de los derechos y obligaciones que se derivan, tanto de las disposiciones legales mencionadas en el párrafo 1 del artículo 2 del Convenio, como del Convenio mismo. Las informa-

Mitteilungen und Unterlagen, die eine Person betreffen, sind dieser auf Antrag ebenfalls zu übermitteln.

Artikel 5

(1) Der Träger eines Vertragsstaats übermittelt dem Träger des anderen Vertragsstaats auf dessen Ersuchen kostenlos die in seinem Besitz befindlichen ärztlichen Angaben und Unterlagen, die sich auf die verminderte Erwerbsfähigkeit einer Person beziehen.

(2) Hält der deutsche Träger die Durchführung von medizinischen Untersuchungen in der Republik Chile für erforderlich, die ausschließlich in seinem Interesse liegen, so verfährt er nach den deutschen Rechtsvorschriften.

(3) Hält der chilenische Träger die Durchführung von medizinischen Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland für erforderlich, die ausschließlich in seinem Interesse liegen, so werden die tatsächlichen Kosten dieser Untersuchungen zu gleichen Teilen von dem Arbeitnehmer und dem zuständigen chilenischen Träger getragen. Handelt es sich um einen Widerspruch gegen einen in der Republik Chile ergangenen Bescheid über die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit, so werden die tatsächlichen Kosten für die erforderlichen neuen Untersuchungen in gleicher Weise wie nach Satz 1 getragen, es sei denn, daß der Widerspruch von einem zuständigen chilenischen Träger oder einer Versicherungsgesellschaft eingelegt wird; in diesen Fällen trägt der Widerspruchsführer die Kosten.

Artikel 6

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung, die eine bestimmte Gültigkeitsdauer haben kann, darüber, daß der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus.

(3) Sind die chilenischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt für die Mitglieder des Neuen Gesetzlichen Rentensystems die Aufsichtsbehörde für die Rentenfondsverwaltungen und für die Beitragszahler der vom Institut für gesetzliche Fürsorge verwalteten Systeme die Aufsichtsbehörde für Soziale Sicherheit diese Bescheinigung aus.

Artikel 7

Geldleistungen werden an Empfänger im anderen Vertragsstaat ohne Einschaltung einer Verbindungsstelle dieses Vertragsstaats ausgezahlt.

Artikel 8

Die Verbindungsstellen nach Artikel 21 Absatz 2 des Abkommens und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens erstellen für jedes Kalenderjahr Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Artikel 9

(1) Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

ciones y documentos que hagan referencia a una persona, también le serán comunicados a ésta en caso de que así lo solicite.

Artículo 5º

1. El Organismo de una Parte Contratante pondrá a disposición del Organismo de la otra Parte Contratante, a petición de éste y gratuitamente, los informes y documentos médicos que obren en su poder relativos a la reducción de la capacidad de trabajo de una persona.

2. En caso de que el Organismo alemán estime necesario que en la República de Chile se realicen exámenes médicos que sean de su exclusivo interés, se procederá según las disposiciones legales alemanas.

3. En caso de que el Organismo chileno estime necesaria la realización de exámenes médicos en la República Federal de Alemania que sean de su exclusivo interés, éstos serán financiados por partes iguales entre el trabajador y el Organismo competente chileno, considerando los costos reales de tales exámenes. Cuando se trate de una reclamación al dictamen de invalidez emitido en la República de Chile, los costos reales de los nuevos exámenes requeridos, serán financiados de la forma arriba señalada, salvo que la reclamación sea interpuesta por un Organismo Competente chileno o una compañía de seguros, en cuyo caso tales gastos serán financiados por el reclamante.

Artículo 6º

1. En los casos mencionados en los artículos 7, 10 y 11 del Convenio, el Organismo Competente de la Parte Contratante cuyas disposiciones legales sean aplicables, extenderá a solicitud de los interesados un certificado sobre el respectivo empleo, del cual se infiera que el trabajador y el empleador quedan sujetos a dichas disposiciones legales. Este certificado podrá tener un plazo de caducidad.

2. En caso de que fueran aplicables las disposiciones legales alemanas, corresponderá extender dicho certificado al Organismo Competente del seguro de enfermedad que recaude las cotizaciones del seguro de pensiones o, en su defecto, al Instituto Federal de Seguros para Empleados en Berlín.

3. En caso de que fueran aplicables las disposiciones legales chilenas, le corresponderá extender dicho certificado a la Superintendencia de Administradores de Fondos de Pensiones para los afiliados al Nuevo Sistema de Pensiones y a la Superintendencia de Seguridad Social para los imponentes de los regímenes administrados por el Instituto de Normalización Previsional.

Artículo 7º

Las prestaciones pecuniarias serán pagadas a los beneficiarios en el territorio de la otra Parte Contratante sin que sea necesaria la intervención de un Organismo de Enlace.

Artículo 8º

Los Organismos de Enlace mencionados en el párrafo 2 del artículo 21 del Convenio y los Organismos Competentes alemanes mencionados en el inciso 2 del párrafo 3 del artículo 21 del Convenio elaborarán para cada año calendario los datos estadísticos sobre los pagos efectuados en el territorio de la otra Parte Contratante. En lo posible, en estos datos que serán intercambiados, se desglosarán el número y el monto total de las pensiones e indemnizaciones según las distintas clases de pensiones.

Artículo 9º

1. Este Acuerdo entrará en vigencia una vez que ambas Partes Contratantes se hayan notificado el cumplimiento de los requisitos legales nacionales necesarios para tal efecto. El día de entrada en vigencia será aquel en que se reciba la última notificación.

(2) Diese Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

2. Este Acuerdo se aplicará a partir de la fecha de entrada en vigor del Convenio y tendrá el mismo plazo de vigencia que este.

Geschehen zu Santiago de Chile am 21. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Santiago, Chile, a los veintiún días del mes de junio de 1994, en dos ejemplares, en lengua alemana y española cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Por el Gobierno
de la República Federal de Alemania
Werner Reichenbaum

Für die Regierung der
Republik Chile
Por el Gobierno
de la República de Chile
Jorge Arrate Mac Niven

Denkschrift zur Vereinbarung

A. Allgemeines

Die Durchführungsvereinbarung enthält das Abkommen ergänzende und die zu seiner Anwendung erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen vor allem Anzeige- und Mitteilungspflichten der Versicherungsträger beider Staaten, das Ausstellen und die Verwendung von Bescheinigungen sowie Einzelheiten bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

B. Besonderes

Nach Artikel 2 und 3 werden die Verbindungsstellen und einzelne Träger der Rentenversicherung ermächtigt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen.

Artikel 4 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und Verbindungsstellen und sieht – auch gegenüber den betroffenen Personen – die Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 5 enthält Regelungen zur Übermittlung von ärztlichen Angaben und Unterlagen sowie zur Durchführung medizinischer Untersuchungen zur Feststellung verminderter Erwerbsfähigkeit bei Aufenthalt im anderen Staat.

Artikel 6 regelt die Erteilung von Bescheinigungen insbesondere für die in das Gebiet des anderen Vertragsstaats entsandten Arbeitnehmer über die Fortgeltung der Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des Entsendestaates.

Artikel 7 enthält eine Bestimmung über das Verfahren bei Zahlungen durch einen Versicherungsträger in das Gebiet des anderen Vertragsstaats.

Artikel 8 sieht den Austausch von Statistiken vor.

Artikel 9 enthält die üblichen Schlußbestimmungen.

23.06.95

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1994 zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung

Der Bundesrat hat in seiner 686. Sitzung am 23. Juni 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.